Detailansicht des Registereintrags

Sparkassenverband Bayern

Aktuell seit 04.11.2026 11:02:21

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Registernummer:	R002125
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	04.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	18.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstige juristische Person des öffentlichen Rechts
Kontaktdaten:	Adresse: Karolinenplatz 5 80333 München Deutschland Telefonnummer: +498921730 E-Mail-Adressen: info@svb-muc.de Webseiten: www.sparkassenverband-bayern.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
20.001 bis 30.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Matthias Dießl**
   Funktion: Präsident

2. **Stefan Proßer**
   Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Matthias Dießl**

2. **Stefan Proßer**

Gesamtzahl der Mitglieder:
111 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.
2. Deutscher Sparkassen- und Giroverband
3. Europa-Union Bayern e.V.
4. Finanzplatz München Initiative
5. Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft (ibw)
6. OstWestWirtschaftsForum Bayern e.V. (OWWF)
7. Presse-Club München
8. VfU - Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V.
9. Wirtschaftsbeirat der Union e. V. (WBU)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):
EU-Gesetzgebung; Bank- und Finanzwesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Dem Sparkassenverband Bayern ist nach Art. 22 Abs. 1 S. 1 und 3 BaySpkG i.V.m. § 3 Abs. 2 Nr. 1 und 2 seiner Satzung die gesetzliche Aufgabe zugewiesen, sich umfassend für die Interessen der Sparer und die Belange der Sparkassen und ihrer Mitarbeiter einzusetzen. Ziel ist es, sowohl die Interessen der Sparerinnen und Sparer der bayerischen Sparkassen als auch die Interessen der Sparkassen vorwiegend gegenüber der bayerischen Landespolitik, als auch im Einzelfall gegenüber der Bundespolitik und Europapolitik zu vertreten.
Dazu steht der Sparkassenverband Bayern im Austausch mit den Entscheidungsträgern der bayerischen und (im Einzelfall) der Bundes- und Europapolitik und informiert diese mittels

Stellungnahmen, sowie Positions- und Hintergrundpapieren zu verschiedenen finanz- wirtschafts- und sparkassenpolitischen Themenfeldern. Auch über seine Gremien, unterhält der Sparkassenverband parteiübergreifend Kontakte zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages.

Konkrete Regelungsvorhaben (18)

1. **Wiedereinführung einer praktikablen und rechtssicheren Lösung für die Änderung von Allgemeinen Vertragsbedingungen bei Dauerschuldverhältnissen**

   Beschreibung:
   Der SVB setzt sich für eine Verbesserung der Gesetzeslage zugunsten einer rechtssicheren und massengeschäftstauglichen AGB-Anpassung für auf Dauer angelegte Bankverträge ein. Er setzt sich dafür ein, eine entsprechende Regelung in das vierte Bürokratieentlastungsgesetzt zu implementieren.
   Im April 2021 hat der Bundesgerichtshof die bis dahin gebräuchliche Praxis bei AGB-Änderungen, die Dauerschuldverhältnisse betreffen, von einer Zustimmungsfiktion auszugehen, für unzulässig erklärt. Insbesondere im Bankgeschäft ist die Verankerung eines zweckmäßigen AGB-Änderungsmechanismus per Zustimmungsfiktion von größter Bedeutung und Dringlichkeit. Der SVB verweist auf die Rechtunsicherheit und die gegenwärtig kundenunfreundliche Situation im Zusammenhang mit dem AGB-Änderungsmechanismus.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   BGB [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2406240045** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 22.04.2024 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   2. **SG2508140014** (PDF - 10 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 04.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. **Einführung von Standards zum Bürokratieabbau**

Beschreibung:
Einführung eines Belastungsmoratoriums und einer One-In-Two-Out-Regel in Deutschland und Europa für Unternehmen und Verbraucher.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501210010** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Bürokratieabbau und mehr Transparenz in der Wertpapierberatung**

Beschreibung:
Bürokratieabbau durch Verminderung von Informationsblättern in der Wertpapierberatung und deren Vereinfachung.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Anlegerschutzes bei Vermögensanlagen (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 04.10.2024
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WpHG [alle RV hierzu]; WpDVerOV 2018 [alle RV hierzu]; WpPG [alle RV hierzu]; VermAnlG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501210011** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Keine verschärften Anforderungen für Banken wegen Angriffen auf Geldautomaten**

   Beschreibung:
   Der SVB vertritt die Auffassung, dass Angriffe auf Geldautomaten dauerhaft nur zurückgehen, wenn Straftäter gefasst werden. Schutzmaßnahmen der Banken gegen kriminelle Attacken sind wichtig, können aber nur flankierend sein.

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

5. **Proportionalität in der bankaufsichtsrechtlichen Regulierung**

   Beschreibung:
   Entlastung kleinerer Banken im Vergleich zu internationalen Großbanken in Europa und in Deutschland.

   Betroffenes geltendes Recht:
   KWGVermV [alle RV hierzu]; GroMiKV 2014 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

6. **Einführung eines staatlich geförderten Altersvorsorgedepot**

   Beschreibung:
   Einführung eines staatlich gefördertes privaten Altersvorsorgedepot, um dem demographischen Wandel zu begegnen und die Kapitalmarktkultur in Deutschland zu stärken.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/14027 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge und zur Einführung eines Altersvorsorgedepots (Altersvorsorgedepotgesetz)

   Betroffenes geltendes Recht:
   AltZertG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2501210013** (PDF - 1 Seite)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 07.01.2025 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Ablehnung einer vergemeinschafteten europäischen Einlagensicherung**

   Beschreibung:

Die bestehenden Institutssicherungssysteme sollen nicht in eine vergemeinschaftete europäische Einlagensicherung eingebunden werden. Die bestehenden nationalen gesetzlichen Strukturen, welche die Besonderheiten der entsprechenden Bankenmärkte berücksichtigen, sollen erhalten bleiben. Die Funktionsfähigkeit der Institutssicherungssysteme soll nicht eingeschränkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
EinSiG [alle RV hierzu]; SAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501210015** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. **Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

Beschreibung:
Der SVB setzt sich für eine Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ein. Im Kontext der europäischen Lieferkettenrichtlinie Corporate Sustainability Due Diligence Directive wird das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz als obsolet bewertet.

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501210017** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. **Vorschläge zur Anpassung des Entwurfs des CSRD-Umsetzungsgesetzes**

Beschreibung:
Einführung von mehr freiwilligen Regelungen und Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen in der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501210018** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Ausnahme hinsichtlich der ESG-Offenlegungs- und Reportingverpflichtungen für kleine Institute.**

Beschreibung:
Kreditinstitute mit weniger als 1.001 Mitarbeitenden sollten – analog zu der CSRD – vom Anwendungsbereich der Offenlegungs- und Reportingverpflichtungen im Bereich Environmental, Social und Governance („ESG“) ausgenommen werden. Der Voluntary Sustainability Reporting Standard für KMU („VSME“) sollte als Maximalanforderung für Nachhaltigkeitsberichte definiert werden.

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030024** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

11. **Zulassung von KMU-Proxy-Daten und VSME als Value Chain Cap.**

Beschreibung:
Für KMU sollte die Nutzung von Branchen-Proxy-Daten grundsätzlich im Rahmen der Bankenregulierung als ausreichend anerkannt werden. Der Voluntary Sustainability Reporting Standard für KMU („VSME“) sollte in der Bankenregulierung als freiwilliger Standard zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verankert und in allen europäischen und nationalen Regelwerken gleichermaßen als Maximalanforderung (sog. Value Chain Cap) festgelegt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030025** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

12. **Änderung der EU-Regulierung zur Taxonomie.**

Beschreibung:
Die Berichterstattung gemäß der EU-Taxonomie-Verordnung sollte durch Abschaffung der Kennzahl Green Asset Ratio („GAR“) oder alternativ durch deren Überarbeitung im Hinblick auf nicht berichtspflichtige Unternehmen verbessert werden.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030026** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

13. **Abschaffung des Systemrisikopuffers und des antizyklischen Kapitalpuffers.**

Beschreibung:
Die Möglichkeiten zur Mittelstandsfinanzierung für Kreditinstitute sollten durch die Abschaffung des Systemrisikopuffers und des antizyklischen Kapitalpuffers gestärkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
KredWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030027** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

14. **Verzicht auf die Einführung eines harten Granularitätskriteriums.**

Beschreibung:
Ein hartes Granularitätskriterium für die Retailportfolios kleiner und mittelgroßer Banken sollte nicht eingeführt werden.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030028** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

15. **Anpassung der Regelungen zum Risikogewicht bei durch Immobilien besicherte Risikopositionen.**

Beschreibung:
Das aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Risikogewicht sollte bei sog. ADC-Risikopositionen (Immobilienkredite in den Bereichen Grunderwerb, Erschließung und Bau) wieder 100 % statt 150 % betragen.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030029** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

16. **Beibehaltung der Möglichkeit zur Nutzung interner Ratings.**

Beschreibung:
Kreditinstitute, die das Kreditrisiko auf Basis interner Modelle berechnen, sollen auch bei Unternehmen außerhalb der KMU-Definition weiterhin auf die Vorlage externer Ratings verzichten können.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030030** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

17. **Berücksichtigung der bereits bestehenden europäischen Zahlungsverkehrslösungen bei der Konzeption eines Digitalen Euro**

Beschreibung:
Der Sparkassenverband Bayern setzt sich dafür ein, dass bereits bestehende, souveräne und marktwirtschaftlich orientierte europäische Zahlungsverkehrslösungen berücksichtigt werden und gestärkt werden.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510170013** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.10.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

18. **Weiterentwicklung des EU-Bankenregulierungsrahmens zur Stärkung von Proportionalität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit**

Beschreibung:
Der SVB setzt sich für eine proportionale und international wettbewerbsfähige EU-Bankenregulierung ein. Gefordert werden ein freiwilliges Kleinbankenregime für Institute mit einfachem Geschäftsmodell und Risikoprofil von Regionalbanken, eine Anhebung der SNCI-Schwelle auf mindestens 10 Mrd. Euro, eine angemessene Leverage Ratio sowie eine Reduzierung der Level-2- und Level-3-Regulierung. Der Anstieg der Kapitalanforderungen aus dem Output Floor soll gestoppt und Übergangsregelungen sollen verstetigt werden. Zudem sollen Kapitalpuffer zusammengeführt und der Systemrisikopuffer abgeschafft werden.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611040006** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
36.420.001 bis 36.430.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss-2025-SVB.pdf